Condensirte Milch
Fabrik-Marke Gesetzl. Gesch.
Dresdner Milchwerke Gebrüder Pfund
DRESDEN, Bautzner-Str. 41
LONDON, Burg-Street

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück.
Dresden, 1891.

Dr. Kadner's Sanatorium.
Diätetische Kuranstalt
Niederlössnitz b. Dresden.
für Nervenleiden, Blutarmuth, Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

N. Salm
(Inh.: H. Vollmann)
Special-Fabrik geprägter Siegelmarken
Plauen b. Dr.
Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechanschluss 111)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbstempel u. Gravirarbeiten jeder Art.

Bürgerl. Brauhaus Dresden-Plauen
empfiehlt seine garantirt haltbaren und wohlschmeckenden
Fass- und Flaschenbiere.
Eigene Verkaufsstellen:
Annenstr. 47, Antonsplatz 8, Trompeterstr. 7, Grunaerstr.-Neug. 7.
Telephon Nr. 1099.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 119.

C. Hesse. Altmarkt,
empfiehlt
als neuestes und effectvolles Häkel- und Stickmaterial:
Astrachan-Straussen-Wolle.
Amazonen-Wolle, Elfen-Wolle, Hertha-Wolle, Pompadour-Fris und Clatador-Garn nur in besten Qualitäten billigst.

Joppen à 8 Mk., Havelocks, Ueberröcke, wasserdicht, empfiehlt **Osc. Lehmann,** Schloss-Strasse 21.

Nr. 171. Spiegel: Reichskanzler von Caprivi über Fürst Bismarck. Herausgabe Elsaß-Lothringens. Hofnachrichten. Evangelische Landessynode. Sommerpflegen, Studentenherbergen. Elmsfeuer. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Cavalleria rusticana". | **Sonnabend, 20. Juni.**

Politisches.

Es gehört im Allgemeinen zu den seltenen Fällen, daß eine Verhandlung des preußischen Herrenhauses hervorragende Beachtung im eigenen Lande findet; noch seltener wird sie das Interesse außerpreußischer Stämme erwecken. Es mag dies in der Natur seiner Zusammensetzung beruhen, welche wesentlich das Auftreten irgendwelcher Opposition ausschließt. Um so eigenartiger muthet es an, wenn in den heiligen Hallen, welche seit ihrer Entstehung selten genug das „Nein" des Widerspruchs hörten, plötzlich Worte laut werden, die selbst den Stolz vor Königsthronen verrathen. Schon bei der endgiltigen Berathung der preußischen Landgemeindeordnung haben sich 39 Konservative im Hinblick auf die berechtigten Traditionen ihrer Partei im Einklange mit ihren Gesinnungsgenossen vom Abgeordnetenhause gegen die Regierungsvorlage erklärt, während allerdings der Rest der Fraktion dem Entwurf zustimmte. Daß zu den Letzteren Herr von Puttkamer, der von Kaiser Friedrich entlassene Staatsminister, zählte, findet allerdings seinen Kommentar in der Ernennung des vielgehaßten Mannes zum Oberpräsidenten von Pommern, die seinem „Ja" unmittelbar gefolgt ist. Neuerdings hat nun die Budgetdebatte einen Zwischenfall hervorgerufen, der bedeutsam erscheint. Graf Hohenthal, ein Mann von unbezweifelter monarchischer Gesinnung, hat im Widerspruch zu den Gepflogenheiten des Herrenhauses, nur als Handlanger der zweiten Kammer zu dienen, eine weit ausgeholte, wenn auch nicht durchweg glückliche Rede gehalten, in der er einen Rückblick auf die letzten Monate warf. Er hat die Reformwuth der neuen Aera einer scharfen Kritik unterzogen und im Sinne des Bismarck'schen Wortes: „quieta non movere" die Ueberstürzung der neuen Gesetzgebung als bedenklich bezeichnet. Er hat es offen ausgesprochen, daß eine stete Berufung der Regierungsmänner auf kaiserliche Direktiven, auf den kaiserlichen Namen von allergrößtem Uebel sei und er hat sicherlich hiermit dem Empfinden gerade desjenigen Theiles der Nation Ausdruck gegeben, welcher unter allen Umständen seiner Stellung zum Kaiser das Gepräge der Treue erhalten, Meinungen aber, die denen der jeweiligen Minister entgegengesetzt sind, mit vollem Freimuthe Ausdruck verleihen will. Es ist klar, daß gerade das Bemühen, jede Regierungsmaßregel als eine spezielle Idee des Monarchen zu bezeichnen, antimonarchisch wirkt, eine Thatsache, welche der Reichsregierung viel einleuchtender werden würde, wenn sie die Stimmung in Volkskreisen mehr als die zufälligen, parlamentarischen Kombinationen in Betracht zöge.

Im Anschluß an die Ausführungen des konservativen Redners, die von seinen Fraktionsgenossen natürlich ebenso eifrig zurückgewiesen wurden, wie seinerzeit die Rede des Prinzen Schönaich-Carolath gegen das Streberthum, hat Herr v. Caprivi Gelegenheit genommen, einen Hieb gegen die Beine des Verbannten von Friedrichsruh zu führen. Er hat von Artikeln gesprochen, die „von weiterher inspirirt werden, von einer Gegend, zu der Graf Hohenthal vielleicht nähere Beziehungen hat, als ich sie habe", und hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß diese Artikel besser ungedruckt geblieben wären. Hr. v. Caprivi hat sich vom Grafen Hohenthal die Antwort gefallen lassen müssen, daß seine Aeußerung eine Insinuation und um so bedenklicher sei, als er die von ihm gemeinte Zeitung nicht nenne. Herr v. Caprivi hat nun zwar die anonyme Form für seinen eigenthümlichen Angriff gewählt, er hat den Schleier jedoch so dünn gewebt, daß ein außergewöhnlicher Grad von Thorheit dazu gehören würde, in dem Mann, den der Pfeil treffen soll, nicht den Fürsten Bismarck zu erkennen. Es würde aber ein großer Irrthum sein, wenn der gegenwärtige Kanzler des Reiches der Ansicht wäre, daß er durch solche Zurechtweisungen seine Popularität im Lande fördert, es wäre ein fernerer Irrthum, wenn er annähme, daß die persönliche Autorität, welche er ja zweifellos besitzt, hinreichend sei, um die geschichtliche Autorität eines Bismarck in Vergessenheit zu bringen. Es giebt sehr, sehr weite Kreise im Volke, und es sind nicht die schlechtesten, welche seine Verdienste gegen die seines Vorgängers bisher noch nach dem Verhältniß von Helgoland zu Elsaß-Lothringen beurtheilen. Ueberdies wird man nicht ohne genügenden Schein der Berechtigung die Attacke gegen Friedrichsruh als eine sachlich unbegründete Provokation bezeichnen können, die durch nichts motivirt war. Und glaubt der leitende Staatsmann in der That, Fürst Bismarck werde die pädagogische Mahnung geduldig einstecken? Muß er nicht vielmehr voraussehen, daß der Altreichskanzler mit der gleichen Entschiedenheit wie bisher sein Recht wahren werde, zu warnen, wo er glaubt, daß falsche Wege eingeschlagen würden? Man muthet es zwar gerade dem greisen Einsiedler stets von Neuem zu, selbst zu allen Gehässigkeiten gegen seine Person, zu allen Entstellungen seiner Politik zu schweigen, aber bisher hat diese sonderbare Zumuthung sich noch vom Regierungstische ferngehalten; Hr. v. Caprivi hat, augenscheinlich im Frohgefühle der gelungenen Landgemeindeordnung, mit dieser Gepflogenheit gebrochen. Er hält es wohl für bedenklich, wenn das deutsche Volk auch ferner aus dem reichen Schatze der Weisheit und Erfahrung schöpft, der bis zu dem angeblichen Besuch des alten Windthorst beim Fürsten Bismarck in ganz Europa als unergründlich galt. Das wäre ein Zugeständniß, welches keineswegs von starkem Selbstbewußtsein zeugt. Nein, diese Stellungnahme ziert weder eine Regierung, noch würde sie, wenn sie sich im Volke festsetzte, der deutschen Nation zur Ehre gereichen. Fürst Bismarck hat stets in würdiger Sprache als erster Patriot seine Pflicht gethan, gerade als nach seiner Entlassung manche Dinge in's Wanken geriethen, er soll es auch fernerhin thun, und er darf sicher sein, daß er den Dank jedes Patrioten finden wird, dessen Charakterfestigkeit nicht an der Sonne zerschmilzt.

In einem vielgelesenen französischen Blatte ist kürzlich ein Vorschlag aufgetaucht, der wunderlich genug klingt. Deutschland solle gegen einige „ganz werthvolle" Kolonieen den Franzosen Lothringen zurückgeben und mit Frankreich in eine Art von Friedensbund eintreten, in welchem die lieblichen Schalmeien froher Hirtenknaben sich mit dem Jubel der von der Kriegssorge befreiten Nationen mischen sollen. Solche Vorschläge sind schon zu wiederholten Malen gemacht worden, doch ist zweierlei an diesem Plane eines „erfahrenen Politikers" neu. Einerseits soll die Spitze dieses Bündnisses sich gegen Rußland richten, dessen Eintreten für Frankreich doch nur auf rein egoistischen Interessen beruhe, andererseits wird im Widerspruch gegen die früheren derartigen Kundgebungen nicht die Rückgabe oder Neutralisation beider Reichslande, sondern nur die Auslieferung Lothringens gefordert, welches einen „Dolch im Herzen Frankreichs" bilde. Es würde also ein definitiver Verzicht auf das Elsaß in diesem Vorschlage liegen. Es ist selbstverständlich, daß eine derartige Preßäußerung wesentlich infolge des Mangels an sonstigem politischen Stoff einen gewissen Raum in der öffentlichen Erörterung gewinnt, und man würde ohne Weiteres darüber zur Tagesordnung übergehen können, wenn nicht von der einen Seite dieser Artikel als ein Versuchsballon der französischen, von der anderen als ein solcher der deutschen Regierung bezeichnet würde. Zudem schreibt ein Blatt, das sonst einen ernsthaften Charakter besitzt und überdies von Berlin aus Informationen erhält, dieser Vorschlag sei ernsthaft zu nehmen und ein bemerkenswerthes Zeichen der Zeit. Wenn auch der „Hamb. Corr.", der diese Sätze druckt, seinerseits die Sache ernst auffaßt, so wird es trotzdem erlaubt sein, sie nur von der humoristischen Seite zu nehmen. Oder glaubt irgend ein „ernster" Mensch, daß es in Deutschland mit Ausnahme von etwa zwanzig Sozialdemokraten irgend Jemanden giebt, der zu einem solchen Vaterlandsverrathe die Hand böte? Pondichery, Gabun, Tahiti und die anderen schönen Gegenden, die uns freundlichst offerirt werden, mögen ja recht schätzbare Orte sein, aber die lothringischen Erdhügel, welche unsere gefallenen Brüder decken, besitzen für uns denn doch noch eine andere Bedeutung. Die „Frankf. Ztg." bemerkt zwar, der erwähnte Artikel beweise klar, daß es Leute in Frankreich giebt, die vernünftig gesinnt seien. Das ist verkehrt. Wenn an die Rückgabe eines Fußbreits deutscher Erde gedacht wird, so liegt hierin der Beweis, daß die Unvernunft dort regiert. Ueberdies dürfen wir uns einer Täuschung darüber niemals hingeben, daß in unserem Nachbarlande der Haß gegen Deutschland auch bei allem Entgegenkommen unsererseits nicht erlöschen wird, denn er wird sich immer neu entzünden an der Erinnerung der empfangenen Niederlagen. Mag der Chauvinismus auch nicht in der großen Masse des Volkes wohnen, so beherrscht er doch diejenigen Kreise, welche in den Kammern und in der Presse maßgebenden Einfluß und die Möglichkeit besitzen, ihn ihren Mitbürgern stets von Neuem einzuimpfen. Daß hierzu jedes Mittel benutzt wird, hat wieder einmal der Versuch bewiesen, in dem Melinit-Prozeß der Turpin und Triponé den deutschen Einfluß als den eigentlichen Schuldträger hinzustellen, und die stets erneute Methode, deutsche Spione zu erfinden, vom heimlichen Erwerbe militärischer, auf französischem Boden gemachter Erfindungen zu reden, verfolgt ausschließlich den gleichen Zweck. Wir können auch sicher sein, daß jeder Beweis deutscher Nachgiebigkeit bei unseren Nachbarn nur den Eindruck der Schwäche, jedes Entgegenkommen nur den Eindruck der Hinterlist erwecken würde.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 19. Juni.

Berlin. Der Landtag wird morgen geschlossen. Es ist unwahrscheinlich, daß der Kaiser den Schluß persönlich vollziehen wird. Das Herrenhaus nahm den Rest des Etats an. — Gegenüber den Klagen über die Berliner Kirchennoth wies Kultusminister Graf Zedlitz darauf hin, daß seit dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers in Berlin 23 neue Kirchen gebaut oder doch in Angriff genommen worden sind. — Eine Resolution auf billigere Gütertarife auf weitere Strecken im Inlandsverkehre (zwischen Osten und Westen) wurde der Regierung als Material überwiesen. — Morgen berath das Herrenhaus das Wildschadengesetz, auf dessen Annahme mit gleicher Mehrheit gerechnet wird. — Der Kaiser besuchte heute früh die Kunstausstellung und besichtigte das von der Malerin Parlaghi gemalte Bild Moltke, sowie eine Reihe ihm zum Ankauf vorgeschlagener Gemälde. — Der Landtag genehmigte mit 19 gegen 5 Stimmen den Bau der Bahn Sonneberg-Stockheim.

Köln. Die von den Eisenbahndirektionen von Berlin und Elberfeld im April und Mai unter der Hand ausgeschriebenen 310 Lokomotiven und 1000 Güterwagen sind bereits fest und nur im Inlande bestellt.

Frankfurt a. M. Die hiesige Mitgliedschaft des Vereinsverbands deutscher Schneider und Schneiderinnen wurde polizeilich aufgelöst, weil der politische Zwecke verfolgende Verein gesetzwidrig Frauen als Mitglieder aufnahm.

Frankfurt. Die „Frankfurter Zeitung" hatte eine das Mailänder Bankhaus Bonwiller u. Co. schwer schädigende grundlose Mittheilung gebracht. Ein Theil des Hauses begab sich aber hierher, um Schadenersatz oder doch wenigstens eine Geldbuße zu Gunsten der Mailänder Armen zu fordern. Der Eigenthümer der Frankfurter Zeitung lehnte dies ab, worauf Herr Bonwiller selbst bei Sonnemann erschien und diesen thätlich angriff, nachdem er erst Satisfaktion verlangt hatte. Nach kurzem Kampfe wurde Herr Bonwiller hinausgeworfen.

Essen. Im Bochumer Steuer-Prozeß wurde Fußangel zu 5 Monaten und Lunemann zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Meppen. Amtliche Landtagswahl. Graf Ballestrem (Centr.) wurde mit 187 Stimmen ohne Gegenkandidat gewählt.

Paris. Die Akademie lehnte den Vorschlag ihres Ausschusses, den Zwanzigtausend-Franken-Preis dem früheren Communarden Reclus zu verleihen, ab und erkannte ihn der Wittwe Fustel de Coulanges für das Geschichtswerk ihres verstorbenen Mannes zu.

Paris. Ribot erhielt einen Bericht über die Ereignisse in Port au Prince vom 28. Mai. Darnach suchten am genannten Tage zahlreiche Franzosen Zuflucht in der Gesandtschaft. Die Zahl der Hingerichteten betrug 50. Gegen die Hinrichtung Rigaud's, dessen Name noch in den Matrikeln der Gesandtschaft geführt wurde, erhob der Gesandte Protest. Ribot billigte dessen Verfahren.

Basel. Die Liste der angemeldeten Vermißten ist auf 75 angewachsen, darunter neuerdings drei Deutsche.

Bern. Die betreffenden Gesandtschaften haben dem Bundesrath mündlich eröffnet, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn in Bern gegen Ende Juli in Handelsvertragsverhandlungen mit Italien treten werden. Der Bundesrath nahm die Einladung Italiens, mit der Schweiz die Unterhandlungen am 20. Juni in Bern zu beginnen, an.

Bern. Das Eisenbahndepartement hat angeordnet, daß alle Mittel zur Beschleunigung der Aufräumungsarbeiten bei Mönchenstein angewendet werden sollen. Oberst Dumur ist mit der Ausführung der Arbeiten betraut und mit entsprechenden Vollmachten versehen.

Rom. Sehr bemerkt wird ein Artikel des vatikanischen „Osservatore Romano", welcher sagt, Frankreich und die Kirche würden weiter nebeneinander kämpfen und siegen. Gegen das widernatürliche Bündniß heterodoxer Staaten erhebe sich in wunderbarer Kraft der Bund der Kirche und der christlichen Demokratie.

London. Aus Samoa wird gemeldet, daß sich Mataafa demnächst mit einer Anzahl Eingeborenen nach Mahe, dem Centrum der Umtriebe, begiebt. Zwei Häuptlinge, die wegen Aufruhrs gefangen genommen waren, entflohen, und verbanden sich mit den Anhängern Mataafa's. Dieser entließ sie jedoch wieder nach einer Unterredung mit dem König Malietoa. In derselben erklärte Mataafa gegenüber Malietoa, obwohl Letzterer von den Mächten anerkannt sei, wäre er, Mataafa, eigentlich König der Samoaner.

Liverpool. Unter großer Betheiligung und großem Enthusiasmus wurde in Eastham in eine Sektion des Manchester-Schiffskanals Wasser in Tiefe von 12 Fuß eingelassen. Die baldige Vollendung des Kanals ist nunmehr in Aussicht.

New-York. Der Marineminister plant die Herstellung von Torpedos in großem Umfange, bestellte auch außerdem 100 Torpedos in England. — Aus Haiti wird gemeldet, daß Präsident Hyppolit am 3. d. M. von den Insurgenten erschossen wurde.

Die Berliner Börse verlief schwach bei stillem Geschäft. Von Banken waren Darmstädter angeboten. Von Eisenbahnen besonders Ostpreußen und Marienburger niedriger. Bergwerke gleichfalls weichend. Fremde Renten wenig beachtet. Im Kassaverkehre gleichfalls vorwiegend schwache Tendenz. Deutsche Fonds fest. Privat-Discont 3⅛ Prozent. Nachbörse geschäftslos. — Wetter: Schön, Nachmittags theilweise bedeckt. Südostwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 259,00 Staatsb. —,—. Lomb. 99,10. Galizier —,—. Egypter —,—. österr. Ung. Goldr. 91,10. Disconto 181,10. Dresdn. Bk. 142,00 Laura —. Gelsenkirchen —. Träge.

Paris. (Schluß.) Rente 95,65 Anleihe 105,35. Italiener 93,35. Staatsbahn 631,25. Lombarden 251,25. do. Prioritäten —. Spanier 73⅞. Egypter 487,50. Ottomanen 565,00. Extérieure 590,00. Träge.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Juni 28,90, per Septbr.-Dez. 27,80, matt. Spiritus per Juni 41,25, per September-December 38,50, weichend. Rüböl per Juni 79,25, per September-December 77,50, fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per November 226. Roggen per Juni —, per October 185.

London (Produkten-Bericht). Getreide sehr träge. Weizen nominell, ca. ½ Sch. billiger seit Montag, schwimmender weichend, anderes schwimmendes Getreide ruhig, stetig. Mehl matt. Stadtmehl 30–39, fremdes 27–35. Mais, Hafer stetig, russischer Hafer mitunter ½ Sch. theurer. Uebriges matt. — Wetter: heiter.

Oertliches und Sächsisches.

— Die Uebersiedelung des Königl. Hoflagers von Strehlen nach Pillnitz findet morgen statt. Morgen früh 6 Uhr 51 Min. trifft Ihre Königl. Hoheit die Herzogin von Genua am Königl. Hofe zum Besuche ein.

— Die evangelisch-lutherische Landessynode, welcher Ihre Excellenzen, die Herren Minister Dr. v. Gerber, v. Metzsch und Dr. Schurig beiwohnten, behandelte gestern zunächst in erster Lesung den Gesetzentwurf, welcher die Fürsorge für die Cantoren, Organisten, Kirchner ꝛc., sowie für deren Hinterlassene im Wesentlichen unter Anschluß an die für Pensionirung der Volksschullehrer und deren Hinterbliebene landesgesetzlich geltenden Bestimmungen regelt. Mit den von dem Verfassungsausschusse (Berichterstatter Herr Dr. v. Wächter) vorgeschlagenen geringfügigen Aenderungen erklärte sich Herr Oberkonsistorialrath Meusel Namens des Kirchenregiments einverstanden. Der Verfassungsausschuß hatte insbesondere empfohlen, als den Eintritt der Pensionsberechtigung das erfüllte 65., statt dem 70. Lebensjahre aufzunehmen. Herr Sup. Benz bat, die Vorlage einmüthig anzunehmen, da es sich hierbei um einen Akt sozialer Versöhnung und ausgleichender Gerechtigkeit handele. Die Synode stimmte hierauf dem Gesetzentwurf zu. Es folgte die Berathung des Berichts des Verfassungsausschusses (Berichterstatter Herr Oberbürgermeister Streit) über den Erlaß, welcher sich auf eine Fristbestimmung in dem Besetzungsverfahren für geistliche Stellen bezieht. Der vorgelegte Entwurf bestimmt, daß die Frist von drei Monaten, innerhalb deren ein Collator von dem ihm zustehenden Zuschlagsrecht bei Verlust desselben Gebrauch zu machen hat, mit dem Ablauf des Todestages beginnt, wenn die Stelle durch den Tod des Inhabers erledigt wird; in allen anderen Fällen mit dem Ablauf des Tages, an welchem der Collator von der eingetretenen oder bevorstehenden Erledigung der Stelle unter gleichzeitiger Aufforderung zur Ausübung des Vorschlagsrechts amtlich benachrichtigt worden ist. Nach einigen erläuternden und begründenden Worten seitens des Herrn Oberkonsistorialraths v. Zahn ertheilte die Synode dem Entwurfe ihre Zustimmung. Den dritten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Bericht des Petitionsausschusses (Berichterstatter Herr Oberamtsrichter Strauß) über die Petitionen der Rossener Pastoralkonferenz, des Herrn Synodalen Hammer u. Gen. und der Zittauer Predigerkonferenz. Diese Petitionen, welche sich auf die Besoldungsverhältnisse der Geistlichen beziehen, schlug der genannte Ausschuß vor, auf sich beruhen zu lassen. Im Anschluß hieran aber hatte sich derselbe veranlaßt gesehen, die Erhöhung der von den Landständen den ständigen Geistlichen bewilligten Alterszulagen zu beantragen, und zwar wurde vorgeschlagen, von 5 zu 5 Jahren, nicht wie bisher je 300 Mk., sondern je 400 Mk. Alterszulage zu gewähren und damit fortzufahren, bis ein Gehalt von 4500 Mk. nach 30 Dienstjahren erreicht ist, während bisher nach Ablauf dieser Zeit durch Alterszulagen nur ein Gehalt von 1300 Mk. erreicht werden konnte. Herr Konsistorialpräsident v. Berlepsch erklärte, daß die Anträge des Ausschusses im Ganzen den Verhältnissen entsprächen und daher das Kirchenregiment nicht abgeneigt sei, für dieselben einzutreten. Die meisten Redner bestätigten, daß in den finanziellen Verhältnissen der Geistlichen Nothstände vorhanden seien. In Bezug auf die Petition aus Rossen bemerkte Herr Oberamtsrichter Weidauer, daß man den darin enthaltenen Wunsch, daß die Pfarrgrundstücke vom Kirchenvorstande verpachtet werden sollten, dem Kirchenregimente zur Kenntnißnahme hätte übergeben können. Demgegenüber ließ Herr Pfarrer Immisch den warnenden Ruf ertönen: Principiis obsta! Die Gewährung dieses Wunsches würde dahin führen, daß endlich den Geistlichen aller Grundbesitz entwunden werde. Auch Frhr. v. Friesen warnte davor, die Verpachtung der Pfarrgrundstücke in die Hände der Kirchenvorstände zu legen. Herr Sup. Dr. Großmann sprach über die Ursachen des Herabgehens der Pachtgelder und hoffte, daß diese wieder in die Höhe gehen würden. Herr Sup. Dr. Schmidt hob hervor, daß in seiner Ephorie mit der

Friedrich & Glöckner,
Zwingerstr. 15, Schäferstr. 74 u. Löbtau.
Spec.-Geschäft f. Lacke, Firnisse u. Farbenwaaren, eigene Fabrikaten.